

Senatsbeschlüsse

der 197. Sitzung des Senats

am 05.02.2019, 11:15 Uhr

4814.) Entwurf einer Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften  
(Vorlage 2691/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2691/19 die Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4815.) Gebäudesanierungsprogramm (SVIT) 2019  
(Vorlage 2692/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2692/19 das Gebäudesanierungsprogramm 2019 einschließlich des in der Anlage 1 genannten Finanzierungsbedarfs für
  - die Grundausstattung in Höhe von 1,5 Mio. Euro,
  - die erforderlichen Planungsmittel in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Kat. 1a) sowie
  - die ausgewiesenen Mehrkosten von insgesamt 5,3 Mio. € (Kat. 2).
  
2. Der Senat stimmt den in der Anlage 1 dargestellten neuen Maßnahmen (Kat. 1b) mit einem Gesamtkostenvolumen von 18,8 Mio. € zu.
  
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, das Gebäudesanierungsprogramm 2019 dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Zustimmung vorzulegen und die Erteilung der erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen im Produktplan 97 in Höhe

von 22,3 Mio. € mit Abdeckung in den Jahren 2020 (8,5 Mio. €) und 2021 (13,8 Mio. €) zu beantragen.

4. Der Senat bittet die im Gebäudesanierungsprogramm 2019 mit Projekten vertretenen Ressorts ihre jeweiligen Fachdeputationen und Ausschüsse zu beteiligen, soweit noch nicht geschehen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle...“ im dritten Absatz, erster Satz das Wort „zusätzliche“ ersatzlos gestrichen wird.
6. Herr Staatsrat Pietrzok erinnert an den anlässlich der Befassung mit dem Gebäudesanierungsprogramm 2018 geäußerten Wunsch der Deputation für Kinder und Bildung, mit den sie betreffenden Maßnahmen vor der Beschlussfassung im Senat befasst zu werden und bittet, für das nächste Jahr rechtzeitig zu prüfen, wie damit umgegangen werden soll.  
Der Senat nimmt Kenntnis.

4816.) Bericht der Besuchskommission für den Zeitraum Mai 2016 – April 2018 nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)  
(Vorlage 2693/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2693/19 die beigelegte Mitteilung mit dem anhängendem Bericht der Besuchskommission nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) für den Zeitraum Mai 2016 bis April 2018 an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme weiterzuleiten.

- 4817.) "Integriertes Struktur- und Entwicklungskonzept Bremen-Nord (ISEK)"  
(Vorlage 2694/19 und Neufassung der Anlage der Senatskanzlei vom  
04.02.2019)
- 

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2694/19 und der Neufassung der Anlage der Senatskanzlei vom 04.02.2019 die Vorlage des Integrierten Entwicklungskonzeptes für den Bremer Norden (ISEK) zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Ressorts, die in dem ISEK beschriebenen Ansätze und Maßnahmen innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche in eine konkrete Zeit- und Maßnahmenplanung zu überführen.
3. Der Senat bittet die Ressorts, über den Stand der Umsetzung Ende 2019 zu berichten.

- 4818.) Umbesetzung von Aufsichtsgremien bremischer öffentlicher Unternehmen  
(Vorlage 2695/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2695/19 in Nachfolge von Herrn Deutschendorf
  - a) den Aufsichtsrat der BREPARK GmbH mit Herrn Senator Dr. Lohse,
  - b) die Aufsichtsräte der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG und der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungs-GmbH mit Herrn Staatsrat Meyer,
  - c) den Verwaltungsrat der Immobilien Bremen AöR mit Frau Rüpke,
  - d) den Aufsichtsrat der hanseWasser Bremen GmbH mit Frau Langenbach sowie
  - e) den Aufsichtsrat der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH mit Herrn Polzin

jeweils vorläufig bis zur Entscheidung des Senats über die Gesamtzusammensetzung der Aufsichtsgremien bremischer öffentlicher Unternehmen anlässlich des Beginns der nächsten Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft zu besetzen.

2. Der Senat beschließt, Herrn Deutschendorf als Vertreter für Herrn Staatsrat Meyer im Verwaltungsrat der AöR Die Bremer Stadtreinigung abzuwählen.

3. Der Senat beschließt, den Aufsichtsrat der Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH mit Frau Ackermann-Redl als Nachfolgerin für Frau Hilmer und den Aufsichtsrat der Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen mit Frau Carl als Nachfolgerin für Frau Hellmanns und Herrn Prof. Dr. med. Dipl. Ing. Rentzsch als Nachfolger für Herrn Prof. Lohmann zu besetzen.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

4819.) "Zukunft Bremen 2035":  
Erste Umsetzungsschritte zu den in der Zukunftskommission verständigten acht Leitziele  
(Vorlage 2696/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2696/19 den Sachstandsbericht zu den ersten Umsetzungsschritten der in der Zukunftskommission verständigten Leitziele zur Kenntnis und bittet die Ressorts um weitere Umsetzung.
2. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und die Senatskanzlei, im Rahmen einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe

unter Beteiligung Bremerhavens einen ersten Vorschlag für ein inhaltliches Rahmenkonzept einer „IBA Wachsende Städte“ zu erarbeiten und dem Senat im zweiten Quartal 2019 vorzulegen.

3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, gemeinsam mit der Senatskanzlei, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie der Senatorin für Finanzen, bis spätestens April 2019 eine Senatsbefassung zur Beteiligung Bremens an einer gemeinsamen Projektentwicklungsgesellschaft mit Achim herbeizuführen.
4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die sich aus dem Modellprojekt VIA ergebenden Impulse für weitere Arbeitsmarkt-Angebote für Alleinerziehende in der kommenden ESF-Förderperiode bei der Programmplanung im zweiten Halbjahr 2019 zu berücksichtigen.
5. Der Senat bittet den Magistrat Bremerhaven und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die bereits beschlossene Planung für ein CO2-neutrales Gewerbegebiet LuneDelta weiter voran zu treiben und im vierten Quartal 2019 einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen.
6. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr – unter Einbeziehung der Senatskanzlei, der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Senatorin für Kinder und Bildung, des Senators für Kultur und des Magistrats - im zweiten Quartal 2019 auf Grundlage einer Bewertung vorhandener Programme und Identifikation ergänzender Aspekte Eckpunkte für ein Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ zu konzipieren.
7. Der Senat bittet die Senatskanzlei und die Senatorin für Finanzen – gemeinsam mit den Ressorts, der ZGF und dem Magistrat – im zweiten Quartal 2019 Eckpunkte für ein Monitoring der in den Leitzielen der Zukunftskommission benannten Indikatoren zu entwickeln. Dabei sollte gewährleistet sein, dass das Monitoring harmonisiert ist mit der Steuerung der Haushaltsziele 2020/2021 sowie den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung.

8. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ unter Leitziel 4 „Ausweitung sozialer Arbeitsmarkt“ im vorletzten Satz nach dem Wort „schrittweise“ die Worte „in Bremen und Bremerhaven“ eingefügt werden.

4820.) Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde Bremen und der Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen - Bericht für das Jahr 2017  
(Vorlage 2697/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 04.02.2019)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 04.02.2019 den Bericht „Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde Bremen und der Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen – Bericht für das Jahr 2017“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4821.) Änderung des IT-Staatsvertrages zur Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts "Föderale IT-Kooperation (FITKO)" sowie Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Änderung des IT-Staatvertrages Ermächtigung des Präsidenten des Senats zur Unterzeichnung des geänderten IT-Staatsvertrages  
(Vorlage 2698/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2698/19 den Entwurf des geänderten IT-Staatsvertrages zur Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Föderale IT-Kooperation (FITKO)“ zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt zur Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft die anliegende Mitteilung sowie deren Weiterleitung an die Bremische

Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um dringliche Behandlung noch in der nächsten Sitzung (Februar 2019).

3. Der Senat ermächtigt den Präsidenten des Senats, Herrn Dr. Carsten Sieling, zur Unterzeichnung des Staatsvertrages.
4. Die finanziellen Bedarfe sind aus dem Produktplan 96 IT-Budget der FHB zu decken, über dessen weitere Entwicklung im Zuge der Haushaltsberatungen zu entscheiden ist.

4822.) Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes  
(Vorlage 2699/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2699/19 den Entwurf des Gesetzes „Drittes Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

4823.) "Abschiebung und Amtshilfe"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
(Vorlage 2700/19)

---

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 12. Februar 2019 aus.

4824.) Ergänzende Landesmittel zur Gegenfinanzierung (Eigenanteil) des Breitbandförderverfahrens im Land Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021  
(Vorlage 2701/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2701/19 der haushaltsmäßigen Absicherung der Maßnahme zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von bis zu € 3.400.000.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen und der sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 i.H.v. insgesamt € 3.000.000 zu.  
Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

4829.) Erwerb der BREBAU sowie Verkauf von GEWOBA Aktien  
Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der Sparkasse  
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 05.02.2019)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 05.02.2019 dem Abschluss der Vereinbarung mit den oben dargelegten wesentlichen Verhandlungsergebnissen zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die Vereinbarung zu unterschreiben.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die für die Zeichnung der Vereinbarung notwendigen Gesellschafterbeschlüsse zu fassen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen auf der Grundlage der Vereinbarung die Kaufvertragsverhandlungen für die FHB, die BVBG und die HAWOBEG zu führen und vor Abschluss der Kaufverträge über den endgültigen Stand der Verhandlungen zu berichten sowie die Zustimmung des Senats zum Abschluss der Verträge zu erreichen.